



**Dr. Georg Nüßlein**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretender Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

---

# Pressemitteilung

Dienstag, 20. März 2018

Berlin, Landkreis (z.g.)

## **Pflege-Debatte im Kreistag Nüßlein meldet sich zu Wort**

Mehrfach wurde im Rahmen der Kreistagsdebatte über die Pflege in Krankenhäusern und ihre Finanzierung der Bundesgesetzgeber angesprochen. Hier sieht der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Georg Nüßlein die tatsächliche Zuständigkeit richtig verortet. Als für die Gesundheits- und Pflegepolitik zuständiger stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist er mit dem Thema eng befasst und hat auch den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD mit verhandelt. Er ist zuversichtlich, dass gute Pflege durch die Beschlüsse des Bundestages in der letzten Legislaturperiode als auch durch die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen finanzierbar bleibe. Außerdem erwartet er maßgebliche Entlastungen auch für die Krankenhäuser im Landkreis Günzburg.



## **Dr. Georg Nüßlein**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

---

Der Antrag der Kreis-SPD und der Kreis-Grünen beschreibe treffend den Arbeitsdruck in der Pflege. Das Problem sei aber nicht einfach das Geld. In der letzten Legislatur habe man zum Beispiel 660 Millionen Euro für ein pflegestellen-Programm auf Bundesebene beschlossen. Abgerufen, so Nüßlein, seien davon aber nur 60 Prozent, weil die Bewerber gefehlt hätten. Deshalb setze er sich für eine Ausbildungsoffensive ein, wie im Koalitionsvertrag vereinbart.

Die „überfällige bessere Bezahlung“ von Pflegerinnen und Pflegern sei grundlegend. Dafür würden in Zukunft Tarifsteigerungen von den Kassen komplett übernommen. Nüßlein: „Eine langgeäußerte Forderung unseres Landrats Hubert Hafner.“ Gleichzeitig werde man sicherstellen, dass das Geld auch bei den Beschäftigten ankomme.

Den von Nüßlein maßgeblich initiierten Pflegestellenzuschlag werde man auf bis zu 830 Millionen Euro erhöhen und verstetigen. Die Verteilung dieser Gelder mache es künftig teuer, wenn Krankenhausverwaltungen beim Pflegepersonal sparen, weil sie dann weniger Zuschlag bekommen.

Kritisch sieht Nüßlein das von Rot-Grün und der damaligen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt eingeführte Fallpauschalen-System, weshalb er es für die Bezirkskrankenhäuser verhindert habe. Mit diesem System sollten eigentlich die Krankenhauskosten und Bettenzahlen reduziert werden. Faktisch sei dies nicht eingetreten. Vielmehr würden Kosten, Arbeitsdruck und Krankenhaufälle steigen. Jeder Fall bringe zusätzliches Geld. Deshalb werden Patienten frühzeitig



**Dr. Georg Nüßlein**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

---

entlassen, manchmal zu früh. Diesen Kreislauf werde man durchbrechen, versprach der CSU-Politiker.

Mit der von Union und SPD in Berlin geplanten Reform der Krankenhausvergütung sollen die tatsächlichen Aufwendungen für den krankenhausesindividuellen Pflegepersonalbedarf berücksichtigt werden. Das habe Nüßlein persönlich so ausgehandelt. Dies sei auch deshalb notwendig, weil in pflegeintensiven Bereichen, z.B. in der Intensivmedizin, Personaluntergrenzen eingeführt werden sollen, also verbindliche Vorgaben, wieviele Pflegekräfte bereitgestellt werden müssen. Diese Vereinbarung mit der SPD sei ein großer Schritt hin zu einer sachgerechteren Vergütung des Pflegepersonals in den Krankenhäusern. Damit hätten einzelne Krankenhäuser keinen Grund mehr, am Pflegepersonal zu sparen, um wirtschaftlich zu überleben, glaubt der Gesundheitspolitiker. Für die Kliniken, die in ländlichen Regionen die Grundversorgung sicherstellen, sei das wichtig.

Nüßlein weiter: „Keinen Grund haben im Übrigen die Kreis-SPD und die Kreis-Grünen, mit dem Finger ausschließlich auf den Bund zu zeigen und per Antrag so zu tun, als müsste der Landkreis auf Ersatzvornahme gehen, weil Bund und Land untätig bleiben. Auf Bundesebene haben wir das Problem nicht nur schon längst erkannt und eine Vielzahl von finanziellen und gesetzgeberischen Maßnahmen beschlossen bzw. auf den Weg gebracht. Bis die Maßnahmen wirken, vom Freistaat Bayern und von der Selbstverwaltung so umgesetzt werden, dass auch die Kreiskliniken Günzburg-Krumbach davon profitieren, dauert es nun einmal seine Zeit. Diese Zeit sollten SPD und Grüne im Kreis vielmehr in ihren

**Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon (030) 227 – 77026

Fax (030) 227 – 76269

E-Mail [georg.nuesslein@bundestag.de](mailto:georg.nuesslein@bundestag.de)



**Dr. Georg Nüßlein**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

---

Posten in der Selbstverwaltung nutzen.“ Denn so manche Verzögerung käme daher, dass sich die Selbstverwaltung, in der z.B. Kommunal- und Gewerkschaftsvertreter oder Kassenvertreter sitzen, nicht einigen könnten.

---

**Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon (030) 227 – 77026

Fax (030) 227 – 76269

E-Mail [georg.nuesslein@bundestag.de](mailto:georg.nuesslein@bundestag.de)